



## Inhalt

[Spitzengespräch zur Reform der Wasser- und  
Schifffahrtsverwaltung+++](#)

[Willi Russ beim VAB-Verbandstag – Bundeswehrreform:](#)

[Viele Aufgaben sind liegen geblieben+++](#)

[Europäische Sozialpolitik: dbb-Chef sieht Mitgliedsstaaten in der  
Verantwortung+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[GDL-Chef Weselsky kritisiert Arbeitgeber-Aussagen zur  
Tarifeinheit+++](#)

[Besoldungsanpassung in Thüringen: Inhaltsgleich, aber  
zeitversetzt+++](#)

[dbb mecklenburg-vorpommern: Mahnwache gegen](#)

[Konsolidierung des Landeshaushalts auf Kosten der Beamten+++](#)

[DBB NRW schickt fliegende Botschaft an Landesregierung:](#)

[„Wahltag ist Zahltag“+++](#)

[VBE: Lehrpersonen vor Internet-Attacken schützen – Leitfaden](#)

[„Social Media“ herausgegeben+++](#)

[dbb brandenburg: Beamtenpolitisches Grundsatzgespräch mit  
Innenminister Holzschuher+++](#)

[Wendt begrüßt Vorstoß gegen organisierte Kriminalität+++](#)

[Beratung über Doppelhaushalt 2014/2015:](#)

[dbb rheinland-pfalz trifft SPD-Landtagsfraktion+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

## Spitzengespräch zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

**(dbb) Zur augenblicklichen Situation und voraussichtlichen Entwicklung der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes fand am 19. September 2013 ein Spitzengespräch der dbb-Führung mit Staatssekretär Michael Odenwald vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung statt. Thematisiert wurde die künftige Beteiligung der Gewerkschaften im Reformprozess bezüglich der Arbeitsbedingungen für Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte.**

Staatssekretär Odenwald erläuterte den Stand der Gespräche mit den verschiedenen Partnern und die derzeit absehbare Entwicklung der Reform. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt unterstrich die Erwartung des dbb, dass wesentliche Sachverhalte für Tarifbeschäftigte auch tarifvertraglich geregelt werden. Nur ausnahmsweise könnten einseitige verbindliche Erklärungen des Arbeitgebers auf Akzeptanz stoßen, wenn die Gewerkschaften sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklären und bei der inhaltlichen Festlegung im Vorfeld beteiligt würden. „Im Übrigen gehen wir davon aus, dass die Veränderungen, die Beamtinnen und Beamte betreffen, auf gesetzlicher Grundlage geschehen“, so der Bundesvorsitzende.

Der vorgeschlagene Weg, grundlegende Fragen im Rahmen einer Ressortvereinbarung auf Basis der 2007 zwischen Bundesregierung und den beiden Dachverbänden dbb und DGB abgeschlossenen Modernisierungsvereinbarung und ergänzender Zusicherungen der betroffenen Minister zu klären, fand danach auch die grundsätzliche Zustimmung der dbb Fachvorstände für Tarifpolitik, Willi Russ, und für Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra. Der Vorsitzende des Fachverbandes Wasser- und Schifffahrtsverwaltung im dbb, Torsten Müller, zeigte sich erfreut über die bisher konstruktive Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft des Ministeriums, meldete zugleich aber weiteren fachlichen Erörterungsbedarf zur Sicherung guter Beschäftigungsbedingungen an. (01/38/13)

## Willi Russ beim VAB-Verbandstag – Bundeswehrreform: Viele Aufgaben sind liegen geblieben

**(dbb) Der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ, hat am 23. September 2013 in Königswinter darauf hingewiesen, dass im Zuge der Bundeswehrreform viele Aufgaben liegen geblieben sind. „Eines der größten Probleme ist sicherlich, dass die Beschäftigten bei der Umstrukturierung nicht mitgenommen wurden. Jetzt ist die Frustration groß. Da wartet viel Arbeit auf die neue Bundesregierung“, sagte Russ beim Verbandstag des VAB (Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr).**

„Die Bundeswehr kann es sich schlicht nicht leisten, auf die hohe Identifikation und Loyalität der Beschäftigten zu verzichten“, machte Russ deutlich. „Die sozialen Härten durch die Reform, wie etwa ständige Umzüge und häufig wechselnde Arbeitsbereiche, sind daher mindestens ebenso dramatisch wie die rein finanziellen Folgen durch ungeplante Mehrausgaben.“

Neben der Bundeswehrreform warten weitere große Herausforderungen in den kommenden Monaten, so Russ. „Die Einkommensrunde 2014 für Bund und Kommunen steht vor der Tür. Wir dürfen nicht damit rechnen, etwas geschenkt zu bekommen.“ Die

„Schuldenbremse“ werde den Spielraum in den Haushalten wahrscheinlich noch einmal verringern. „Deshalb brauchen wir endlich ein tragfähiges Gesamtkonzept, das die Lösung der Altschuldenproblematik nicht ausklammert und Bund, Länder und Kommunen wieder handlungsfähig macht.“

Am zweiten Tag des VAB-Verbandstages (24. September 2013) wählten die Mandatsträger und Delegierten einen neuen Geschäftsführenden Vorstand. Neuer und alter Bundesvorsitzender ist Herbert Schug, der mit 95 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt wurde. Schug kündigte an, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und gab

das Ziel vor, die Position des VAB als führende Arbeitnehmer-Gewerkschaft in der Bundeswehr weiter zu festigen.

Als Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Thomas Zeth und Uwe Busack in ihren Ämtern bestätigt. Neu hinzu gewählt wurde Michael Bolte als Vertreter der jungen Generation. (02/38/13)

## Europäische Sozialpolitik: dbb-Chef sieht Mitgliedsstaaten in der Verantwortung

**(dbb) Die Europäische Kommission bereitet gegenwärtig eine Mitteilung zur europäischen Sozialpolitik vor, die im Oktober veröffentlicht werden soll. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt appellierte am 25. September 2013 an die Kommission, den Grundsatz der Subsidiarität einzuhalten. Jede Ebene müsse die staatlichen Aufgaben verantworten, die sie selbst am besten wahrnehmen könne. „Sicherlich braucht Europa zusätzlich zu den Reformen und Sparanstrengungen eine Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Die Sozialpolitik muss aber abgesehen von den im europäischen Vertragsrecht bereits geregelten Fragen weiterhin von den Mitgliedstaaten verantwortet werden.“ Es gebe eine Vielzahl von Politikfeldern und Themen, die dringend auf europäischer Ebene behandelt werden müssten. Die Sozialpolitik gehöre jedoch nicht dazu.**

„Natürlich erfordert die europäische Solidarität von uns, dass wir uns beispielsweise mit der dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas auseinandersetzen, gemeinsam nach Lösungen suchen. Das bedeutet aber nicht, dass die soziale Sicherung zentral aus Brüssel entschieden werden kann“, so Dauderstädt. Die Sozialpolitik berühre gesellschaftliche Grundsatzentscheidungen, über die dezentral demokratisch entschieden werden müsse. „Wir haben es hier mit einem hochsensiblen Gegenstand zu tun, der einer besonderen demokratischen Legitimation bedarf und möglichst bürgernah entschieden werden muss“, zeigte Dauderstädt sich überzeugt.

Dauderstädt spricht sich gegen eine umfangreiche Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene aus. „Ich sehe gar nicht, wie das funktionieren

sollte. Es würden 28 Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Wünsche durchsetzen wollen. Von der EU bliebe nicht mehr viel übrig.“ Der beste Weg, eine solche Entwicklung zu vermeiden, sei in der Selbstbeschränkung Brüssels zu suchen. „Die EU-Kommission muss sich auf die großen Fragen, die Bankenunion, die Regulierung der Finanzmärkte und die Stabilisierung der Eurozone konzentrieren, nicht auf Sozialpolitik. Letztere können die einzelstaatlichen Parlamente und vor allem die Sozialpartner in den Mitgliedstaaten besser.“

Der dbb Chef ist als Vizepräsident der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) und Vorsitzender des CESI-Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten auch auf europäischer Ebene mit sozialpolitischen Fragen befasst. (03/38/13)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

### GDL-Chef Weselsky kritisiert Arbeitgeber-Aussagen zur Tarifeinheit

**(dbb) „Wasch mich, aber mach mich nicht nass!“ Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Claus Weselsky die Aussagen von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 17. September 2013). Hundt hatte behauptet, der Ausgang der Bundestagswahl spiele**

## beim Thema „Tarifeinheit“ keine Rolle, denn Union, SPD und FDP seien sich bei der Eindämmung der Spartengewerkschaften einig.

Dies sei Wunschenken der Arbeitgeberverbände, so Weselsky. Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz besagt nämlich: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“ Und genau das verhindert die Tarifeinheit.

Flexible Flächentarifverträge mit Differenzierungsklauseln für betriebliche Lösungen, so das Argument von Arbeitgebern, wären in einer Situation mit konkurrierenden Gewerkschaften und Tarifverträgen kaum noch möglich. Das Gegenteil ist der Fall: Die GDL hat für 97 Prozent der Lokomotivführer in Deutschland einen Flächentarifvertrag abgeschlossen, der mit spezifischen Haustarifverträgen für eine vernünftige Angleichung an das bundeseinheitliche Tarifniveau sorgt.

Die GDL könnte im Falle einer Tarifeinheit weder Tarifverträge für ihre Mitglieder schließen, noch streiken, wenn ein Tarifvertrag mit einer zahlenmäßig größeren Gewerkschaft im Unternehmen bestünde – und dies, obwohl sie die Interessen drei Viertel aller Lokomotivführer Deutschlands vertritt. Ein Rechenbeispiel belegt die Absurdität: Bei einer Tarifeinheit könnte die GDL sicher keine Tarife mehr bei der Deutschen Bahn schließen, selbst wenn sie 100 Prozent des Zugpersonals (40 000 Lokomotivführer, Lokrangierführer, Zugbegleiter und Mitarbeiter der Bordgastronomie) organisieren würde. Die Konkurrenz müsste von den restlichen 160 000 DB-Mitarbeitern hingegen nur 25 Prozent plus X organisieren. „Dass sich Arbeitgeber ein solches Gesetz wünschen, ist nachvollziehbar, denn die Tarifeinheit würde unweigerlich zur Schwächung bis hin zur Zerstörung von starken Berufsgewerkschaften führen“, so der GDL-Bundesvorsitzende.  
(04/38/13)

## Besoldungsanpassung in Thüringen: Inhaltsgleich, aber zeitversetzt

**(dbb) Der Thüringer Landtag hatte am 18. September 2013 in Erfurt eine Besoldungserhöhung für die Beamtinnen und Beamten des Landes beschlossen. Der Abschluss für die Tarifbeschäftigten wurde zwar inhaltsgleich, aber zeitversetzt übertragen. „Wir sind alles andere als glücklich über die Verschiebung, die alle Beamtinnen und Beamten trifft“, erklärte der Vorsitzende des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen Helmut Liebermann. Dennoch erkenne man an, dass den Beamten und Versorgungsempfängern in Thüringen nicht – wie in zwei anderen Bundesländern geschehen – extreme Ungerechtigkeiten zugemutet werden. Dies sei erfolgreich abgewehrt worden.**

Die Beamten des Freistaates erhalten eine Besoldungserhöhung um 2,45 Prozent ab dem 1. Oktober 2013 und um 2,75 Prozent ab dem 1. August 2014. Im Vergleich zu den Tarifbeschäftigten ergibt sich damit eine Verzögerung von neun Monaten in 2013 und sieben Monaten in 2014. Auch entfällt die Sockelbetragsershöhung für Anwärter um 50 Euro. „Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass eine Übernahme des Tarifergebnisses ohne Abstriche gerade auch für die Amtsanwärter angesagt und gerecht gewesen wäre“, kommentierte der tbb Vorsitzende.

Die jetzt beschlossene Maßnahme bezeichnete Liebermann als erneutes Sonderopfer. „Was für uns bleibt, ist die Enttäuschung, dass es wiederum von den Abgeordneten der Regierungskoalition hingenommen wurde, dass allein die Beamten im öffentlichen Dienst erheblich stärker für die Sparzwänge des Haushaltes herangezogen werden, als Abgeordnete und Minister. Der öffentliche Dienst ist eine Einheit. Es fehlt mir die Begründung, warum für die eine Hälfte die Steigerung rückwirkend zum 1. Januar möglich ist und für die anderen nicht.“  
(05/38/13)

## **dbb mecklenburg-vorpommern: Mahnwache gegen Konsolidierung des Landeshaushalts auf Kosten der Beamten**

**(dbb) Mit einer Mahnwache protestierten Beamtinnen und Beamte am 25. September 2013 vor der Staatskanzlei in Schwerin gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Besoldungsanpassung. Der Entwurf zur Übertragung des Tarifergebnisses vom März 2013 auf die Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern sieht vor, die Anpassung der Beamtenbezüge mit der Erhöhung um jeweils zwei Prozent bis ins Jahr 2015 zu strecken. Außerdem sollen einige Zulagen ausgeklammert werden. Reallohnverluste von bis zu 5 Prozent gegenüber den Tarifbeschäftigten wären die Folge.**

„Das ist eine schleichende Entwertung der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen im Beamtenbereich. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass Beamte nicht stärker als andere Beschäftigtengruppen zur Konsolidierung des Haushalts herangezogen werden dürfen“, kritisierte der dbb-Landesvorsitzende Dietmar Knecht auf der parallel laufenden Anhörung zum Gesetzentwurf. Er verwies darauf, dass Beamtinnen und Beamte in den vergangenen Jahren bereits Sonderopfer erbracht und damit wesentlich zur Entlastung des Landeshaushalts beigetragen haben.

Auch die von der Landesregierung begründete Planungssicherheit werde durch die Revisionsklausel ad absurdum geführt. Es stehe dem Land als Dienstherrn schlecht zu Gesicht, einerseits über prognostizierte Mehreinnahmen und eine 700 Millionen Euro

schwere Rücklage zu verfügen und andererseits einer bestimmten Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die verdiente – monetäre – Wertschätzung ihrer Arbeit vorzuenthalten. „Der Gipfel ist allerdings, dass selbst das Finanzministerium in der Gesetzesbegründung ein Besoldungsdefizit von jetzt schon 3,8 Prozent gegenüber der Teuerungsrate vorgerechnet hat“, so Knecht. Das Prinzip „teile und herrsche“ würde weiter manifestiert und die Staatskasse auf dem Rücken derjenigen aufgebessert, die sich aufgrund ihres besonderen Dienst- und Treueverhältnisses nicht dagegen wehren könnten.

Von der Besoldungsanpassung sind in Mecklenburg-Vorpommern 14 000 Landes- und 2 100 kommunale Beamte betroffen.  
(06/38/13)

## **DBB NRW schickt fliegende Botschaft an Landesregierung: „Wahltag ist Zahltag“**

**(dbb) Am 19. September 2013, drei Tage vor der Bundestagswahl 2013, hat der DBB NRW eine kreative Aktion zum Protest gegen das Besoldungsanpassungsgesetz 2013/2014 in Nordrhein-Westfalen gestartet. Ein Sportflugzeug flog mit einem Banner von 30 Metern Länge die Botschaft „Wahltag ist Zahltag“ zwei Stunden lang über Düsseldorf, vornehmlich über dem Regierungsviertel und der Innenstadt nebst Finanzministerium.**

Die Botschaft war keine andere, als die schon seit dem 18. März verkündete: Beamte haben kein Streikrecht, aber Wahlrecht. Entsprechend haben die Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit ihre Antwort beziehungsweise ihre Reaktion an die Landesregierung beim Wählen zu überbringen.

Meinolf Guntermann, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Wir werden nicht müde, wenn es darum geht, die Landesregierung auf neue und interessante Weise daran zu erinnern, dass sie den großen Teil der Beamtenschaft ignoriert hat.“ Die Staatsdiener haben nicht einmal einen Inflationsausgleich erhalten.  
(07/38/13)

## VBE: Lehrpersonen vor Internet-Attacken schützen – Leitfaden „Social Media“ herausgegeben

**(dbb) Die drei Berufsverbände der Lehrerschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz – VBE, GÖD und LCH – haben am 25. September 2013 gemeinsam den ersten „Leitfaden Social Media“ speziell für Lehrpersonen und Schulleitungen herausgegeben. Sie fordern, dass die öffentlichen Arbeitgeber den Schutz von Lehrpersonen bei Internet-Attacken gewährleisten.**

„Lehrerinnen und Lehrer müssen ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag auch im Hinblick auf Facebook und Co. nachkommen können“, betont Rolf Busch, 1. stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender. Das Web 2.0 für Lehrpersonen zu tabuisieren, sei genauso der falsche Weg wie Überlegungen, Lehrpersonen zum Auftritt in sozialen Netzwerken zu verpflichten. Busch kritisiert: „Die Kultusbehörden versuchen, den Lehrerinnen und Lehrern den Schwarzen Peter zuzuschieben. Notwendig ist stattdessen, sie kompetent zu informieren und auch zu schützen, wenn Lehrpersonen solche Medien nutzen und ihre Schüler besser erreichen wollen. In Deutschland werden Lehrerinnen und Lehrern nicht einmal flächendeckend dienstliche E-Mail-Adressen zur Verfügung gestellt. Hier ist sehr viel im Argen.“ Es fehle an Beratungsstellen und an Fortbildungsangeboten zum Thema Web 2.0, so Busch. Die berufliche Rolle der Lehrpersonen beim Umgang mit Social Media werde kaum thematisiert. Busch weiter: „Selbstverständlich muss der sensible Umgang mit personenbezogenen Daten gewährleistet sein. Die juristischen Grauzonen müssen ausgeräumt werden. Klare Regelungen, die die Medienwirklichkeit anerkennen, müssen den Lehrpersonen im medienpädagogischen Raum Sicherheit geben.“

Drei führende deutschsprachige Berufsverbände der Lehrerschaft haben zur Unterstützung der Lehrkräfte gemeinsam einen

„Leitfaden Social Media“ erarbeitet: Der Verband Bildung und Erziehung (VBE), die Organisation der Pflichtschullehrer/innen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) Österreichs sowie der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH.

Die Verbände raten dazu, sich bei Auftritten im Internet zurückzuhalten und möglichst keine Angriffsflächen zu bieten. Andererseits dürfe den Lehrpersonen in den sozialen Netzwerken auch kein Maulkorb angelegt werden. Für den Fall von Angriffen auf Lehrpersonen im Netz hält der Leitfaden detaillierte Hinweise bereit. Falsch wäre es, den Vorfall alleine bereinigen zu wollen. Für das Gespräch mit den Urhebern der Attacke soll immer die Unterstützung der Schulleitung oder einer Beratungsstelle gesucht werden.

Zwar gelten in Deutschland, Österreich und der Schweiz ähnliche Rechtsgrundsätze, die Gesetze sind aber naturgemäß unterschiedlich. Ein erheblicher Teil des Leitfadens ist denn auch den jeweiligen Bestimmungen und Verfahrenswegen gewidmet. Hinzu kommt eine Liste der wichtigsten Internet-Adressen für diesen Bereich in allen drei Ländern.

Der Leitfaden steht gratis zum Download bereit: [www.social-media-lehrperson.info](http://www.social-media-lehrperson.info), [www.vbe.de](http://www.vbe.de), [www.pflichtschullehrer.at](http://www.pflichtschullehrer.at), [www.lch.ch](http://www.lch.ch)  
(08/38/13)

## **dbb brandenburg: Beamtenpolitisches Grundsatzgespräch mit Innenminister Holzschuher**

**(dbb) Die Landesleitung sowie Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften und -verbände des dbb brandenburg trafen am 23. September 2013 mit dem neuen Innenminister Ralf Holzschuher zu einem ersten „Beamtenpolitischem Grundsatzgespräch“ in Potsdam zusammen. Begleitet wurde der Minister von Staatssekretär Rudolf Zeeb und den für beamtenpolitische Fragen zuständigen Vertretern des Innenministeriums.**

Der dbb-Landesvorsitzende Ralf Roggenbuck unterstrich gegenüber Minister Holzschuher ausdrücklich, dass bei kommenden Gesprächen zur Übernahme des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten eine Beteiligung aller Spitzenverbände des öffentlichen Dienstes für alle Seiten von Vorteil sei.

Der stellvertretende dbb-Landesvorsitzenden Richard Wurche würdigte die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium bei der Novellierung des Personalvertretungsgesetzes als äußerst positiv und als gute Basis für die künftige

Zusammenarbeit.

Der Minister betonte, wie wichtig der Kontakt mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für ihn sei. Entsprechend vereinbarten beide Seiten einen regelmäßigen Dialog. Insbesondere bezüglich der Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels und damit auch eines Tarifvertrags zum altersgerechten Arbeiten soll der dbb Landesbund schon in der Findungsphase eingebunden werden. (09/38/13)

## **Wendt begrüßt Vorstoß gegen organisierte Kriminalität**

**(dbb) „Das organisierte Verbrechen richtet einen immensen Schaden in Europa an. Es wird Zeit, auch auf europäischer Ebene wirkungsvolle Maßnahmen dagegen zu ergreifen“, kommentierte Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), einen Vorstoß des Europäischen Parlaments vom 17. September 2013. In einem eigens 2012 eingerichteten Ausschuss erstellten die Abgeordneten einen Aktionsplan, der sich speziell gegen die organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche richten soll. „Das Verbrechen kennt keine Grenzen mehr in Europa. Nationale Strukturen allein greifen da zu kurz. Die europäischen Maßnahmen sind bisher nicht ausreichend“, so Wendt.**

Wichtigstes Ziel des neuen Aktionsplans ist es, der organisierten Kriminalität ihre finanziellen Mittel zu nehmen. So sollen zum Beispiel die Strafen für die Manipulation von Sportveranstaltungen und illegale Sportwetten deutlich erhöht werden. Auch sollen diejenigen, die bereits für organisiertes Verbrechen verurteilt wurden, vom öffentlichen Auftragswesen ausgeschlossen werden und nicht mehr in öffentliche Ämter gewählt werden dürfen. „Den Kriminellen muss der Geldhahn zugekehrt werden. Wenn das nicht geschieht, sind die Sicherheitsbehörden machtlos. Die EU muss allerdings sicherstellen, dass es nicht nur bei guten Vorsätzen bleibt, sondern die Maßnahmen tatsächlich auch in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden“, forderte Wendt.

Der DPoIG-Chef unterstützt zudem die Forderung nach einem europäischen

Staatsanwalt, der sich um Straftaten kümmern soll, die den finanziellen Interessen der Europäischen Union zuwiderlaufen. „Diese Art von Kooperation sollte es allerdings auch verstärkt bei den Sicherheitsbehörden geben. Es gibt bereits gute Beispiele, wie Verbrechensbekämpfung deutlich durch transnationale Kooperationen vereinfacht werden kann.“ Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen könnten nur dann funktionieren, wenn alle Glieder der Strafverfolgung gleichermaßen ineinandergreifen. Dafür seien aber mehr gezielte Schulungsmaßnahmen für Polizisten und die nötige finanzielle Ausstattung der Polizei notwendig. „Das EU-Parlament muss die Mitgliedstaaten davon überzeugen, dass Sparmaßnahmen bei den Sicherheitsbehörden den nationalen und europäischen Interessen enorm schaden.“ (10/38/13)

## Beratung über Doppelhaushalt 2014/2015: dbb rheinland-pfalz trifft SPD-Landtagsfraktion

**(dbb) Am 19. September 2013 kam die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz zu einem Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion in Mainz zusammen, um über die Auswirkungen des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2014/2015 auf den öffentlichen Dienst zu beraten.**

Der dbb rheinland-pfalz lehnte die landesrechtliche „5 x 1 %“-Deckelung von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen von 2012 bis 2016 erneut ab. Auch die weiteren Sparpläne aus dem aktuellen Entwurf für den Doppelhaushalt 2014/2015 kritisierte dbb Landeschefin Lilli Lenz. Alle bisherigen Maßnahmen seien einseitig zu Lasten des öffentlichen Dienstes erfolgt. „Trotzdem enthält die Haushaltsplanung noch weitere Einschnitte. Insgesamt geht das deutlich an die Substanz. Wir warnen vor einem Kaputtsparen des öffentlichen Dienstes und fordern eine Abkehr von solchen Sonderopfern.“

Neben dem Haushalt war auch die Ausgestaltung der bereits im Koalitionsvertrag angelegten und nun politisch umzusetzenden Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze ein Thema der Gespräche. Beide Seiten vereinbarten diesbezüglich einen engen Kontakt. So sollen auf dem Weg zu einer für den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz tragbaren und akzeptablen Lösung die Interessen der Betroffenen in vollem Umfang berücksichtigt werden.  
(11/38/13)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Der **dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt** hat am 5. September 2013 den Kongress der Europäischen Union der Rechtspfleger (E.U.R.) besucht. Die E.U.R repräsentiert den Beruf des Rechtspflegers und vergleichbarer höherer Beamter. Neben Berufsverbänden aus mehreren europäischen Ländern hat die E.U.R. assoziierte Mitglieder auf der ganzen Welt, wie etwa in Japan, Südkorea, Mali und Chile.

Beamtinnen und Beamte in Berlin erhalten für das laufende Urlaubsjahr sowie rückwirkend für 2011 und 2012 einen Urlaubsanspruch von 30 Arbeitstagen (bei einer Fünf-Tage-Woche). Das teilte der **dbb berlin** am 19. September 2013 mit. Die Ansprüche, die über 26 bzw. 29 Arbeitstage hinausgehen, können dank einer Vorgriffsregelung bereits jetzt gewährt werden, obwohl mit der endgültigen Verabschiedung der entsprechenden Änderungsverordnung erst im vierten Quartal 2013 gerechnet wird.

Der **Verband Bildung und Erziehung (VBE)** dringt darauf, das Kooperationsverbot von Bund und Ländern für den gesamten Bildungsbereich auf den Prüfstand zu stellen. Das bekräftigte der **VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann** am 23. September 2013. „Der Vorstoß der Kanzlerin auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes darf nicht in Vergessenheit

geraten. Gerade auch im schulischen Bereich muss das Kooperationsverbot aufgehoben werden.“ Es sei allerhöchste Zeit für Bund, Länder und Kommunen, gemeinsam tragfähige und zukunftsweisende Lösungen für die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems und den Ausbau des Ganztags zu entwickeln. Beckmann weiter: „Die künftigen Regierungsparteien müssen hier Farbe bekennen. Es reicht nicht aus, das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot nur für den Hochschulbereich aufzuheben. Der VBE setzt sich dafür ein, das Grundgesetz so zu erweitern, dass eine vernünftige Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Bildungseinrichtungen möglich wird und es nicht nur beim gemeinsamen Beobachten von Entwicklungen bleibt, wie jetzt im Grundgesetz verankert. Bund, Länder und Kommunen müssen die Gelder bündeln und gemeinsame strategische Bildungsziele inhaltlich verwirklichen. Das betrifft insbesondere die Umsetzung der Inklusion und den Ausbau der Ganztagschulen.“

Der **tbb beamtenbund und tarifunion thüringen** hat die Beurteilungs- und Beförderungspraxis im Schulbereich kritisiert. Bestätigt sieht sich der tbb durch mehrere Gerichtsentscheidungen, wie der Landesbund





am 18. September 2013 mitteilte. Im Kern geht es um unterschiedliche Besoldungsstufen (A11/A12) für Grundschullehrer. Sowohl die unterschiedliche Zuordnung als auch die dafür ausgewählten Kriterien, die sich auch an der Dauer der Lehrtätigkeit in der DDR und der BRD orientieren („gestaffelte Mindestlehtätigkeit“), sind laut tbb rechtswidrig. Darüber hinaus wurde vom Gericht eine neue Bewertung der Maßstäbe für die Aktualität einer Beurteilung vorgenommen. Das Gericht kritisierte zudem die bisherige Praxis, nur die zur Beförderung beziehungsweise Höhergruppierung vorgesehenen Lehrer persönlich zu informieren, die nicht ausgewählten Bewerber dagegen nur per Aushang. Hierin könne ein Verstoß gegen das Gebot des effektiven Rechtsschutzes gesehen werden.

„Unsere Kollegen haben Flagge gezeigt. Sie lassen sich nicht vom Marktniveau abkoppeln“, so der **Bundvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky** nach dem vierstündigen Streik bei der Süd-Thüringen-Bahn (STB) am 24. September 2013. Drei Viertel der Züge standen still. Die anderen hatten teilweise gravierende Verspätungen. Bis heute verweigert die STB die Verhandlungen zum Flächentarifvertrag für Lokomotivführer (BuRa-LfTV) und für Zugbegleiter (BuRa-ZubTV), der schon heute für 97 Prozent der Lokomotivführer in Deutschland gilt. Bei der STB verdienen Lokomotivführer und Kundenbetreuer im Durchschnitt 20 Prozent weniger als ihre Kollegen bei der Deutschen Bahn. Bewegt sich die STB auch weiterhin nicht, ist mit weiteren Streiks zu rechnen.

Am 20. und 21. September 2013 fand in Lübeck die jährliche Tagung des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) statt. Es bestand Einigkeit bei der Feststellung, dass schulische Angebote ein Mindestmaß an äußerer Differenzierung nicht unterschreiten dürfen, wenn jeder Schüler und jede Schülerin von den unterrichtlichen Angeboten profitieren soll. „Differenzierte, vielfältige Bildungsangebote können nachweislich besser auf die zunehmende Heterogenität unserer Gesellschaft reagieren und den Herausforderungen an eine moderne, zeitgemäße Bildung wesentlich effektiver entgegen“, so der **VDR-Bundvorsitzende Jürgen Böhm**.

Mit fachkundigen und engagierten Beiträgen haben die Berichtersteller des Hauptpersonalrats, **Hans Eich und Sabine Knoth**, maßgeblich zur Verbesserung der Verwaltungsvorschrift zur Gewährung der Polizeizulage in der Zollverwaltung beigetragen, wie der **BDZ (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft)** am 19. September 2013 bekannt gab. Nachdem im Gesetzgebungsverfahren die Streichung der Polizeizulage für mehr als 3000 Beschäftigte des Zolls verhindert und eine Öffnung der Zulageberechtigung für einen nicht waffentragenden Personenkreis erreicht wurde, konnte der BDZ-geführte Hauptpersonalrat weitere Nachbesserungen durchsetzen. Der BDZ kündigte an, alle Neuregelungen in seinen Verbandspublikationen detailliert vorzustellen.

Maßgeblich war der dbb bei der Neuordnung der Büroberufe beteiligt – nun liegt die neu gestaltete Ausbildung Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement vor. **Anna Diegeler-Mai (Bundesfrauenvertreterin des VBOB)** nahm als Sachverständige für den dbb an der Neuordnung der Büroberufe teil und präsentierte dem **dbb Bundesjugendausschuss** am 20. September 2013 in Königswinter den neuen Büroberuf. Bislang gibt es drei Büroberufe: Im öffentlichen Dienst die Fachangestellten für Bürokommunikation, in der Privatwirtschaft die Kaufleute für Bürokommunikation und Bürokaufleute. Um mehr Mobilität zwischen den Bereichen zu ermöglichen und die beruflichen Entwicklungschancen zu verbessern, werden diese Büroberufe künftig im neuen Beruf Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement zusammengefasst. Der neue Ausbildungsberuf wird erstmals zum 1. August 2014 angeboten.

Der **dbb bremen** hat sich monatelang auf vielfältige Weise für eine Übertragung des Tarifergebnisses auf die Landesbeamten eingesetzt. Gegen die trotzdem von der Bürgerschaft beschlossene unzureichende Besoldungsanpassung wird der dbb bremen mit Unterstützung des dbb bund Musterklagen führen. Zusätzlich wurden Musterschreiben für den Widerspruch erstellt, die nun noch einmal angepasst wurden, wie der Landesbund Anfang September mitteilte. Hintergrund ist die Zusage der Senatorin für Finanzen Karoline Linnert, dass Anträge und Widersprüche von Beamten, die nicht direkt an den Musterklagen

beteiligt sind, ruhend gestellt würden. Gleichzeitig würde die Freie Hansestadt Bremen dann insoweit auf die Einrede der Verjährung verzichten. Diese Antragsteller und Widerspruchsführer würden dann so behandelt wie die Kläger der Musterverfahren. Der dbb bremen weist darauf hin, dass Widersprüche von den betroffenen Beamten unbedingt noch in diesem Jahr gestellt werden müssen.

Etwa 12.000 deutsche Bankkunden haben sich seit Beginn des Jahres selbst wegen Steuerhinterziehung angezeigt. Das sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) **Thomas Eigenthaler** am 19. September 2013 gegenüber der „Handelszeitung“ aus der Schweiz. Grund dafür ist, dass schweizer Banken von ihren Kunden neuerdings im Hinblick auf die EU-Zinsbesteuerung eine Ermächtigung zur Meldung der Kundendaten an die Behörden ab 2014 verlangen.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage und die weitere Entwicklung bei D+S und der gesamten Call-Center-Branche stand im

Mittelpunkt eines Gespräches des stellvertretenden DPVKOM-Bundesvorsitzenden und D+S-Aufsichtsratsmitglied Karlheinz Vernet Kosik mit dem Sprecher der Geschäftsführung der D+S, Ludger Sieverding, am 20. September 2013. In dem Meinungsaustausch begrüßte Kosik die Ankündigung von Sieverding, dass D+S sich zukünftig verstärkt um Projekte bewerben will, die höherwertige Dienstleistungen beinhalten. Dazu zählen zum Beispiel Technikhotlines. Auch die Entwicklung von D+S zu einem Anbieter für ganzheitliche Kundenkommunikation wird von der DPVKOM unterstützt, da höherwertige Tätigkeiten mit besseren Gewinnmargen auch höhere Löhne für die Beschäftigten ermöglichen.

Die Teilnehmern vom ersten CESI Youth Camp in Ungarn haben auf Vorschlag der dbb jugend **Matthäus Fandrewski von der komba zum CESI Youth-Sprecher gewählt**. Das CESI-Präsidium stimmte dem am 18. September 2013 zu. Nun wird der Aufbau der CESI Jugendorganisation vorangetrieben.  
(12/38/13)